

ORIENTIERUNG

Katholische Blätter für weltanschauliche Information

Erscheint zweimal monatlich

Nr. 21

15. Jahrgang der «Apologetischen Blätter»

Zürich, den 15. November 1951

I N H A L T: Chalkedon (zum 1500. Jubiläum des Konzils): Zeichen des Widerspruchs — Definition.

Das gesellschaftliche Ordnungsgefüge und die europäische Wirtschaftseinheit (Schluss): II. Autonome Gesellschaftsbereiche — Die Montanunion als Rechtsgebilde — Die neue Dimension — Korporative Selbstverwaltung — Aufteilung der Macht — Funktionaler Pluralismus — Das Verhältnis zum Staat.

Katholiken und Gewerkschaften: Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation — Gewerkschaften und Aufbau der Gesellschaft — Aufgaben der Gewerkschaften — Das Streikrecht — Stellung zum Staat.

Wiechert und das Christentum: Gegen alle Umdeutungen.

Ex Urbe et Orbe: Zu «Wahre Weltmission» — Schweizerische Nationalratswahlen — «Eroberung der Kultur»? — Das Verhältnis Pekings zu Moskau.

Buchbesprechungen: von Brandenstein — Berdiajew.

Neuerscheinungen.

Chalkedon

(451—1951)

Das Christentum benennt sich nach dem Namen seines Stifters Jesus Christus (vgl. Apg. 11, 26). Dabei ist es wohl selbstverständlich, dass dieser Stifter selbst nur jene als seine Anhänger anerkennen kann, die ihn so verstehen, wie er selbst verstanden sein will. Darum muss ein eindeutig umschriebenes Bekenntnis zur Norm dafür werden, wer sich als Christ bezeichnen darf. Die Frage nach dem Christentum ist eine Frage nach dem eindeutigen Christusverständnis und Christusbekenntnis. «Für wen halten die Leute den Menschensohn? Für wen haltet ihr mich?» (Mt. 16, 14. 16). Mit dieser Frage treten wir aber sofort mitten in die Problematik der christlichen Glaubensnorm ein. Wer hat uns zu sagen, wie Christus verstanden sein will? Wer sagt uns, was das rechte Christusbekenntnis ist? Für den katholischen Christen ist die Frage entschieden. Er weiss, dass seine Kirche die von Christus den Aposteln übergebene Offenbarung bewahrt und sie mit allgemein verbindlicher Autorität auslegt. In diesem Jahr aber feiern wir die Erinnerung an jenes Konzil, welches die entscheidende Glaubensaussage über Christus formuliert hat, das Konzil von Chalkedon. Wie Christus selbst zum Stein des Anstosses geworden ist, zum Falle und zur Auferstehung vieler in Israel (Lk. 2, 34), so ist auch die Glaubensformel von Chalkedon zum Zeichen des Widerspruchs und der Entscheidung geworden. Gerade darin wird sie aber zu einem Schibboleth echten Christentums. Fragen wir nach ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft der Christen!

I. Zeichen des Widerspruchs

Schon vom Konzil von Chalkedon hinweg eilte der Mönch Theodosios nach Palästina, um die Klöster des Heiligen Landes mit dem Ruf in Aufruhr zu bringen: Chalkedon hat den Nestorianismus definiert! «Das Römerreich ist deswegen in Aufruhr versetzt», so fasste ein antiochenischer Stadtprefekt die Zustände zusammen, die durch den Kampf um das Konzil von 451 entstanden waren. Man könnte dieses Wort über die ganze Vor- und Nachgeschichte von Chalkedon setzen. Kein Wunder, wenn auch moderne Dogmengeschicht-

ler die leidenschaftliche Sprache der alten Konzilsgegner aufnehmen und etwa mit A. von Harnack behaupten, Chalkedon habe die griechische Kirche um ihren Glauben betrogen. Dieses Konzil sollte darum nicht bloss Räubersynode (wie Ephesus 449), sondern zugleich Räuber- und Verrätersynode genannt werden.¹ Eingetaucht in Menschliches und Allzumenschliches, beherrscht von Politik und Staatsraison, so sehen selbst Männer wie E. Schwartz die Geschichte des Konzils vom Jahre 451. Wenn dem so wäre, so fordert ein Bekenntnis zum wahren und echten Christentum die Abkehr von Chalkedon und die Hinwendung zum Christus eines reineren Glaubens. Wo aber wäre dieser Christus des reineren Glaubens zu finden?

Als in den ersten Nachkriegsjahren die Einladung zum Ökumenischen Kongress von Amsterdam erging, war dies gewissermassen eine Probe auf den Stand des Christusglaubens in den nicht-katholischen Gemeinschaften. Es ist anzuerkennen, dass als Grundlage «christlicher» Gemeinschaft der Glaube «an unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland» hingestellt wurde. Die Gottes- und Erlöserwürde Jesu Christi ist als die christologische Norm der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Christen erklärt. Das Christusbekenntnis des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam ist bei derselben Formel geblieben: «Der Ökumenische Rat der Kirchen setzt sich zusammen aus Kirchen, die Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen.»

Dieses christologische Fundament zur Begründung christlicher Gemeinschaft blieb aber nicht unwidersprochen. Es ist als Zeichen der Zeit und der Auflösung des Christentums in gewissen Kreisen zu werten, dass selbst gegen diese Formel, die bewusst biblisch sein wollte, Einspruch erhoben wurde. In einer ökumenischen Umschau, die den Titel «Christendom» trägt, wurde diese Formel von Amsterdam als zu differenziert, als zu ausdrücklich, sagen wir als zu «chalkedonisch» empfunden, wie der Verfasser in diesem Zusammen-

¹ A. von Harnack, Lehrbuch der Dogmengeschichte II, 1 (Tübingen 1931⁵), 373.

hang auch ausdrücklich auf das Konzil von 451 zu sprechen kommt. Als gemeinsames Fundament der theologischen Diskussion und der christlichen Gemeinschaftsbildung solle vielmehr die biblische Formel gelten, die es erlaube, das Wesen Jesu in seinem ursprünglichen Sinn als das des «Erlösers» zu fassen. Für die Christen der apostolischen Zeit sei es aber nicht darum gegangen, den Namen «Gott» auf Christus anzuwenden.²

In seiner Kritik des christologischen Bekenntnisses des Ökumenischen Rates geht R. Bultmann denselben Weg, nur noch entschlossener, zu Ende.³ Auch er fordert eine biblische Grundlegung des christologischen Bekenntnisses anstelle jener vom Ökumenischen Rat vorgeschlagenen und angenommenen Formel. Aber nur eine in seinem Sinn «enthellenisierte» und «entmythologisierte» Bibel wird nach ihm die eigentliche Auffassung von Christus sichtbar werden lassen. Die Bibel bekommt nach R. Bultmann gleichsam zwei Stockwerke. Man nistet sich im oberen ein. Dort findet man scheinbar eindeutig Aussagen über Christus wie «Kyrios» und «Gott». Das wird alles zugegeben. Da wird zunächst kein Versuch gemacht, den Bedeutungsgehalt dieser Ausdrücke abzuschwächen. Man glaubt sich seines Bekenntnisses sicher. Schon in der Bibel wird Christus als Gott und Herr hingestellt. Auf einmal entsinkt einem der Boden und alles stürzt hinunter. Denn alle diese Aussagen sind nur hellenistisches Gebilde, sind Mythos. Es gilt, um zum eigentlichen Wahrheitsgehalt des Neuen Testaments vorzustossen, die Bibel zu «enthellenisieren» und zu «entmythologisieren». Das klingt wie ein sehr ernstes, ja notwendig zu bejahendes christliches Anliegen. In Wirklichkeit bedeutet es die Zerstörung des Christus des Glaubens, des übernatürlichen Christusbildes, jenes Glaubens, der Christus als Gott anerkennt. Wenn Irenäus es einst als die grosse christliche Neuheit bezeichnet hat, dass die Welt die Botschaft von Christus, dem Sohne Gottes empfangen hat (in novo testamento... fides hominum... additamentum accipiens filium dei: Gegen die Häresien IV, 28, 2), so ist nach R. Bultmann in Christus kein anderes Licht erschienen, als das welches in der Schöpfung immer schon leuchtet. Jener Unterschied, den Johannes 1, 17. 18 zwischen Moses und Christus aufstellt, kann nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Die biblischen Aussagen sollen nach R. Bultmann nicht mehr Aussagen über Jesu Wesen, sondern nur über ein gotterfülltes Wirken Christi in der Welt sein. «Man darf sagen, dass im Neuen Testament, jedenfalls a parte potiori, die Aussagen über Jesu Göttlichkeit oder Gottheit in der Tat Aussagen sind, die nicht seine Natur, sondern seine Bedeutsamkeit zum Ausdruck bringen wollen; Aussagen, die bekennen, dass das, was er sagt, und das, was er ist, nicht innerweltlichen Ursprungs ist, nicht menschliche Gedanken, nicht weltliche Geschehnisse sind, sondern dass darin Gott zu uns redet, an uns und für uns handelt.»⁴

Man darf dieser Auffassung ein gewisses religiöses Ethos nicht ableugnen. Was wird aber aus der Bibel und ihrem Christusbekenntnis, wenn ihre Seinsaussagen über Christus immer zu transponieren sind, von der Ebene eines echten Seins, eines «Ist», auf die Ebene eines Bedeutsens. In Christus wirklich Gott, den göttlichen Kyrios zu sehen, ist nach Bultmann ja als hellenistische Ausdeutung dessen anzusehen, was die Bibel nur als ein Offenbarwerden des einen Gottes und seiner Herrlichkeit im Menschen Christus ansehe.⁵ Es versteht sich von selbst, dass dann eine Formel, wie sie das Konzil von Chalkedon im Jahre 451 geprägt hat, nur als Endpunkt dieses Hellenisierungsprozesses angesehen werden muss. «Christus

ist wahrer Gott und wahrer Mensch, eine Person in zwei Naturen, unvermischt und ungetrennt miteinander verbunden», das ist der Inhalt der chalkedonischen Formel. Eine «Wesensaussage» nach der anderen, eine «Objektivierung», wie Bultmann es nennt, nach der anderen, wird da gemacht. Denn diese Lösung des alten Problems, wie Christus wahrer Gott und wahrer Mensch sein könne, sei dem objektivierenden griechischen Denken entsprungen. Im Chalkedonense habe sie einen «für unser Denken unmöglichen Ausdruck» gefunden.⁶

Es ist wahr: das Christusbekenntnis von Chalkedon ist zu eindeutig, um ausweichen zu können. Der strategische Rückzug von Chalkedon in Richtung auf die Bibel, von den Seinsaussagen der Schrift auf eine «entmythologisierende» Deutung ist in Wirklichkeit eine Flucht vor demselben Christus, wie ihn die Bibel und die Kirche, die Apostel und Chalkedon, kennen.

II. Definitio

Gegenüber einem «Entmythologisieren» des Neuen Testaments setzt Chalkedon ein festes «horizein», ein Definieren des christologischen Bekenntnisses. Darin liegt die unabschätzbare Bedeutung dieses Konzils für die Erhaltung eines geschlossenen, unaufgeweichten Christentums. Chalkedon stellt ein eindeutiges Christusbekenntnis vor. Die Enzyklika Papst Pius XII., die zur Jubelfeier des Konzils erschienen ist, hebt gerade dies als eine besondere Leistung des Konzils hervor: die Klarheit der Begriffe und der Unterscheidungen. «Wenn wir fragen, wie es kam, dass die Aussagen des Konzils von Chalkedon im Kampf gegen den Irrtum solche Klarheit und solche Kraft besitzen, so kommt es nach unserer Meinung hauptsächlich davon, dass in ihnen alle Zweideutigkeit vermieden und die rechten Begriffe angewandt sind»⁷. Als ein Werk der «Genauigkeit», der sorgfältigen «Aufgliederung», als letzte Norm und unwandelbare Glaubensformel bezeichnen die Väter von Chalkedon jenes Symbolum, das sie als gemeinsames und verpflichtendes Bekenntnis für die gesamte Kirche Christi verkünden.⁸

Der Inhalt ihrer Glaubensformel ist aber eine klare Wesensaussage über die Person Jesu. Christus ist wahrer Gott und wahrer Mensch; aber ein und derselbe ist zugleich Gott und Mensch. Um diese drei Dinge geht es: um das wahre Gottsein, um das wahre Menschsein und um das Einssein dieser beiden in einem Träger, in einer Person. «Ein und derselbe» ist es, welcher Gott und Mensch ist. Das war das Problem der alten Kirche. Zuerst hatte sie diese Aussagen nebeneinander gestellt, in schlichtem Glauben. Dann aber war der fragende Verstand an dieses Nebeneinander herangetreten, wie schon die Juden gefragt hatten: «Du, der du ein Mensch bist, machst dich zu Gott» (Joh. 10, 33)? Wie kann das zusammengehen: zugleich Mensch und zugleich Gott zu sein? Sollen wir uns in die blinde Annahme eines «Widerspruchs» flüchten? Oder sollen wir versuchen, den Widerspruch zu lösen? Wird dies nicht auf Kosten des Geheimnischarakters der christlichen Botschaft geschehen? Die Häresien haben versucht eine Lösung zu geben, und sind gescheitert. Der Monophysitismus liess die Zweiheit von Gott und Mensch in die Einheit eines göttlichen Wesens aufgehen. Der Nestorianismus lockerte die Einheit, um das Nebeneinander von Gott und Mensch für den Verstand tragbar zu machen. Beides sind menschliche Versuche, sind eine Flucht vor dem Geheimnis. Demgegenüber stellen die Väter von Chalkedon zuerst wiederum das Nebeneinander von Gott und Mensch in Christus als strenge Glaubensforderung hin: Ein und derselbe ist Gott und Mensch. Sie gehen aber einen Schritt weiter. Sie wollen den Widerspruch, welcher für den gläubigen Verstand in diesem Nebeneinander liegt, auflösen, indem sie

² Vgl. Clarence T. Craig, *The Christological Foundation of the World Council of Churches*, in: «Christendom» XI (1946), 13—22.

³ R. Bultmann, *Das christologische Bekenntnis des Ökumenischen Rates*, in: «Evangelische Theologie» 11 (1951), 1—13.

⁴ Ebd. 6.

⁵ Vgl. «Schweiz. Rundschau» 21 (1951), 25—36.

⁶ R. Bultmann, *Das christologische Bekenntnis des Ökumenischen Rates*, in: «Evang. Theologie» 11 (1951), 10.

⁷ Encyclica Sempiternus Rex, «Osservatore Romano» 13. Sept. 1951, S. 2.

⁸ Vgl. Denzinger, *Enchiridion Symbolorum* n. 148.

zeigen, wie beides zusammengehen kann: Einheit und doch Zweiheit in Christus. Sie zeigen, dass Einheit und Zweiheit in je verschiedener Rücksicht, auf verschiedener Ebene von Christus auszusagen sind. Christus ist eins der Person nach, er ist aber zweifach, Gott und Mensch, der Natur nach. Eine Person in zwei Naturen, unvermischt und ungetrennt. Das ist der Christus von Chalkedon.

Es ist ein nüchternes Bekenntnis. In ihm liegt aber eine sobrietas, welche uns ein Mysterium schauen lässt, das Mysterium Christi. Zwar leuchtet darin nicht mehr die verführerische Glut des Apollinarismus, der die göttliche Lebensenergie des Logos anstelle der Seele im Leibe Christi stellte, und so ein spannungsreiches Christusbild zeichnen konnte. Dafür vermeidet das Bekenntnis von Chalkedon auch wiederum allen nestorianischen Rationalismus und seine Trennungstendenzen. Es zeigt den Weg der Mitte. Alle «Genauigkeit» und «gliedernde Begrifflichkeit» der Väter von Chalkedon hat keinen anderen Zweck, als den gläubigen Verstand unausweichlich vor das Glaubensmysterium zu stellen: vor das Geheimnis der Menschwerdung. Sich vor der eindeutigen Formel von Chalkedon auf das Dunkel des «Glaubens» zu berufen und diese als hellenistischen Rationalismus hinzustellen, ist in Wirklichkeit nur Flucht vor dem eigentlichen Glaubensmysterium. Die Formel von Chalkedon will Christus nicht auflösen, sondern nur mit aller Schärfe und Begrifflichkeit sagen, dass man sich an der Tatsache der Menschwerdung Gottes nicht mehr vorbeidrücken kann, und dass ein unaussprechliches Geheimnis ganz wörtlich zu nehmen ist: Gott ist Mensch geworden. Christus ist Gott und Mensch. Auf jedes Wort kommt es hier an. Um aber zu zeigen, dass dieses Nebeneinander keinen Widerspruch bedeutet, macht das Konzil eine Unterscheidung: Eins ist Christus der Person nach, zweifach aber der Natur nach. Dass hier Metaphysik an ein Glaubensgeheimnis herangetragen wird ist zuzugeben. Aber hier kommt es der Kirche nicht auf

Metaphysik an. Gewiss, sie zeigt hier dem denkenden Verstand Tiefen des Seins auf, in welche die griechische Philosophie bis dahin noch nicht zu schauen vermocht hatte (wobei nicht gesagt sein soll, dass diese philosophischen Hintergründe den Vätern wirklich voll und lebendig gegenwärtig sein mussten. Nur im Begriff als solchem liegen sie drinnen). Wenn aber am Geheimnis der Menschwerdung auch schon natürliche Seinsaspekte aufgehen, so sind diese nicht mit dem geoffenbarten Mysterium als solchem zu verwechseln. Dieser Blick in die metaphysische Schichtung des menschlichen Wesens, den die Unterscheidung von Natur und Person tun lässt, macht nur eines deutlich: Der Seinsmacht Gottes ist es gegeben, so in eine Menschennatur einzugreifen, dass diese nicht mehr in sich steht, sondern Gottes Existenz auf Erden wird. Wie dieser seismächtige Zugriff Gottes in die Menschheit Jesu hinein geschieht, bleibt nach wie vor Geheimnis.

Warum kämpfen wir Menschen gegen diese grosse Glaubenswahrheit? Sollten wir nicht voll Begier darauf aus sein, mit der Schärfe des Begriffes festzustellen, ob Gott wirklich Mensch geworden ist? Sollten wir nicht unendlich froh sein, dass die Kirche im Namen Gottes uns mit aller «Genauigkeit» und metaphysischer Klarheit sagt: Ja es ist so. Gott ist Mensch, nicht bloss in metaphorischer Weise, nicht bloss «repräsentiert» unter uns Menschen, vertreten durch ein religiöses Genie, abgebildet durch grosse menschliche Heiligkeit, sondern in eigener Person, aber in unserem Fleisch. Wird es uns darob nicht unendlich leichter, selber Mensch zu sein und auch die anderen Menschen Mensch sein zu lassen? Das ist die letzte Grundlage allen Humanismus, ohne welche dieses Wort doch nur leere Phrase sein wird. Das ist schliesslich der einzige Grund- und Eckstein der Kirche, Jesus, der menschgewordene Gott. Das ist der einzige Titel wahren Christentums: Christus, ein und derselbe Gott und Mensch.

Prof. A. Grillmeier, Frankfurt a. Main

Das gesellschaftliche Ordnungsgefüge und die europäische Wirtschaftseinheit

(Schluss¹)

II. Autonome Gesellschaftsbereiche

Der Schumanplan und andere Bestrebungen mit dem Ziele einer wirtschaftlichen Einung Europas könnten, falls richtig ausgewertet, zur Wiedereinsetzung der Gesellschaft in die ihr zustehenden Rechte führen oder uns jedenfalls ein gutes Stück in dieser Richtung voranbringen. Der Schumanplan setzt sich zum Ziel, eine europäische Montanunion zu schaffen.

Was ist diese Montanunion? Sie ist weder ein Staat noch ein Überstaat. Sie nimmt gewisse Zuständigkeiten für den Montanbereich aus der Souveränitätsfülle der beteiligten Staaten heraus und überträgt sie einem neu zu schaffenden Rechtsträger eigener Art. Im Augenblick sollen uns die Einzelheiten dieses neuartigen Gebildes, das vorläufig den Namen «Haute Autorité» führt, nicht beschäftigen. Was uns interessiert, ist zunächst die Eigenart des aus der einzelstaatlichen Souveränität auszugliedernden Sektors. Es sind die Gemeinschaftsbelange eines Wirtschaftszweiges, hier der Montanwirtschaft, also ein fachlich bestimmter Bereich. Bei einer europäischen Agrarunion, die ja ebenfalls schon diskutiert wird, würde es sich um einen zweiten, wiederum fachlich bestimmten Bereich handeln, für den die Zuständigkeit auf eine entsprechende «Haute Autorité» zu übertragen wäre. Stellen wir uns vor, dieses Verfahren würde fortgesetzt, bis schliesslich alle euro-

päischen Wirtschaftszweige und vielleicht auch andere Kultursachbereiche, beispielsweise der Gesundheitsdienst, eine solche Zusammenfassung und damit zugleich ihre Verselbständigung in einer Art korporativer Verfassung ohne Rücksicht auf die ihnen in keiner Weise kongruenten politischen Grenzen erlangt hätten. Damit soll nicht gesagt sein, dass dem so sein wird. Aber wie wir in der Wirtschaftswissenschaft ständig und mit grossem Nutzen von Denkmodellen Gebrauch machen, obwohl wir wissen, dass die Wirklichkeit sehr anders und namentlich sehr viel komplizierter aussieht, so kann auch hier das Denken im Modell zu wertvollen Einsichten führen.

Ein Vertreter des Bundeswirtschafts-Ministeriums wird wahrscheinlich vor diesem Modell erschrecken. Diese Schockwirkung könnte ein Zeichen der aufblitzenden Erkenntnis sein, wie weit die Konsequenzen des Weges führen, der mit dem Schumanplan beschritten wird. Soll der Schumanplan nicht eine streng gehütete einmalige Ausnahme von der Regel, sondern ein Anfang sein, der ein Tor aufbricht, dann bedeutet er im Prinzip die Anerkennung der Eigenständigkeit der verschiedenen Wirtschaftszweige und Kultursachbereiche überhaupt. Das will besagen: Hier wird grundsätzlich anerkannt, dass es eigene Belange wie der Montanwirtschaft, so auch anderer Bereiche gibt, die wahrzunehmen an erster Stelle Sache der Beteiligten selbst ist, gewiss in Verantwortung gegenüber dem grösseren Ganzen, dessen Teil man ist, sei es das

¹) Vgl. «Orientierung» 1951, Nr. 20, S. 219.

eigene Volk, sei es die europäische Gemeinschaft, sei es die Menschheit, aber in eigener Zuständigkeit aus eigenem Recht. Daraus ergibt sich, dass grundsätzlich nicht die politische Instanz, nicht die Ministerialbürokratie des Staates und das deren Absichten und Pläne in Gesetzesform kleidende politische Parlament Montanpolitik, Agrarpolitik usw. zu machen hat. Dafür bekommt die politische Instanz die Hände wieder frei für ihre eigene Aufgabe: abzuklären und festzulegen, welche Anforderungen mit Rücksicht auf den sinnvollen Zusammenhalt und das Wohl des Ganzen an die Montanpolitik, an die Agrarpolitik usw. zu stellen und notfalls mit allen staatlichen Mitteln durchzusetzen sind. Die Montanpolitik, Agrarpolitik usw. zu machen aber ist Sache der Montanleute, der Agrarleute usw. selbst. Hier bekommt denn auch die vielberedete Mitbestimmung ihren guten und klaren Sinn, ihren sehr realen Gehalt.

Wenn es zur Verwirklichung des Schumanplans kommt, wird die Montanunion und ihre «Haute Autorité» zunächst einen Fremdkörper in der europäischen Staatenwelt bilden und ihr wie ein Stachel im Fleische sitzen. Ich sage mit Überlegung «Staatenwelt», denn sie wird ja durch Staatsverträge aufgebaut und kann, wie die Dinge zur Zeit liegen, gar nicht anders als durch staatsvertragliche Souveränitäts-Beschränkung der beteiligten europäischen Staaten geschaffen werden. — Ob die Montanunion mit ihrer «Haute Autorité» sich zu einem Überkartell entwickeln wird, ist umstritten und kann hier auf sich beruhen; dass die «Haute Autorité» ein Überministerium sein wird, steht unzweifelhaft fest. Indem eine Sparte der Wirtschaftspolitik ihr übertragen wird, während die Wirtschaftsministerien der beteiligten Staaten im übrigen weiterhin Wirtschaftspolitik zu betreiben haben wie bisher, muss die «Haute Autorité» ihnen ins Gehege kommen und kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie ihnen nicht gleichgeordnet, sondern für ihren Sachbereich ihnen übergeordnet ist. Die nach Abspaltung der Montanpolitik verbleibende Wirtschaftspolitik, also die Wirtschaftspolitik aller übrigen Sektoren, muss der von übergeordneter Stelle ausgehenden Montanpolitik angepasst werden, sich nach dieser ausrichten. Die Väter des Schumanplans sind überzeugt, dass das nicht lange gut gehen kann. Eben darauf bauen sie ihre Hoffnung, der Schumanplan werde bald über sich selbst hinaustreiben. Wohin?

Den Politikern — und die Väter des Schumanplans sind an erster Stelle Politiker — schwebt als Ziel die politische Einung Europas vor. Die Frage kann nur sein, ob der Schumanplan, indem er über sich hinaustreibt, unmittelbar zu diesem Ziele führen kann, soll oder wird, oder mittelbar, d.i. auf dem Wege über ein Zwischenziel. Die Frage lässt sich auch so stellen: Handelt es sich im Letzten darum, den regionalen Pluralismus oder Föderalismus, wie wir ihn zweistöckig in der Deutschen Bundesrepublik, oder auch z. B. im Schweizerischen Bundesstaat haben, dreistöckig europäisch und vielleicht später einmal im Rahmen der UN vierstöckig auszubauen? Ist es mit einem solchen «Aufstocken» getan? Oder stehen wir vor der Aufgabe, ein von Grund auf neues Gebäude zu errichten?

Das 19. Jahrhundert erlebte das, was man den Aufstand der bürgerlichen Gesellschaft gegen den Staat genannt hat. In Kontinental-Europa, nicht ebenso in den angelsächsischen Ländern, war das Ergebnis dieses, dass die bürgerliche Gesellschaft, die sich des Staates sicher gewöhnt hatte, in diesem Staate aufging, vom Staate aufgesogen wurde. Als einzige Ordnungsmacht blieb der Staat übrig; die «freie» Gesellschaft aber löste sich in Interessentenhaufen auf. Einzig die organisierten Arbeitsmarktparteien als Träger der Klassenaussetzung in der sogenannten kapitalistischen Klassengesellschaft vermochten es, sich eine gewisse, in der staats- und verfassungsrechtlichen Systematik schwer unterzubringende und ebenso schwer zu umschreibende Autonomie zu erhalten und zu mehreren, dergestalt, dass sie in steigendem Mass in die gesellschaftspolitische Verantwortung hineinwuchsen und heute in, mit

oder neben dem Staat einen entscheidenden Teil dieser gesellschaftspolitischen Verantwortung, d.i. der Verantwortung für die Schaffung einer echten gesellschaftlichen Ordnung, tragen. Dass die Gewerkschaften sich dieser ihrer Lage bewusst sind und dementsprechend ihren Einfluss geltend zu machen bestrebt sind, ist allgemein bekannt. Dass die Gewerkschaften ohne den entsprechenden Gegenspieler auf der andern Seite diese Stellung gar nicht einnehmen könnten, dass also auch dieser Gegenspieler vorhanden und tätig ist, wird nicht ebenso beachtet und kann, da seine Tätigkeit nicht im gleichen Masse in die Augen sticht, in der Tat übersehen werden. Namentlich seit Beginn dieses Jahres beobachten und spüren wir das Ringen zwischen der auf Totalität Anspruch erhebenden politischen Instanz auf der einen und den organisierten Arbeitsmarktparteien auf der andern Seite um die Gestaltung des völkischen Gemeinschaftslebens. Auf der einen Seite das Prinzip der formalen Demokratie: das aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Parlament verfügt über unumschränkte Souveränität, spricht in ausnahmslos allen Dingen das erste und letzte Wort. Auf der andern Seite das Prinzip der realen Demokratie: diejenigen, die es angeht, wollen jeweils ihre Angelegenheiten selbständig regeln. Solange man ihnen dies im Namen der formalen Demokratie verwehrt, kommt es ganz unvermeidlich zu einem verfassungsmässig nicht vorgesehenen und auch keineswegs zu begrüssenden politischen Pluralismus, der die sehr unerfreuliche Form annimmt, dass die hinlänglich mächtigen gesellschaftlichen Grossgruppen sich zu pressure-groups, wie die Amerikaner sagen, auswachsen und den Gesetzgeber unter Druck setzen, dass er die Dinge nach ihrem Willen regle. Wir sind uns klar darüber, dass die Mittel der Justiz und Jurisprudenz (Verfassungsgerichtshof u. dgl.) nicht ausreichen, um hier zu einer Lösung zu kommen. Nur eine konstruktive Lösung, die Herstellung eines echten gesellschaftlichen Ordnungsgefüges im Sinne eines organischen Pluralismus kann zum Ziele führen. Auf dem Wege zur europäischen Wirtschaftseinheit dürfte sich diese Lösung finden und verwirklichen lassen.

Kehren wir zu unserem Modell zurück. Nicht nur die Montanwirtschaft, wie im Schumanplan vorgesehen, sondern die verschiedenen Zweige der europäischen Wirtschaft, aber auch andere Kultursachbereiche, erhalten eine korporative Verfassung, wobei einzig sachliche Gesichtspunkte massgeblich sind, politische Grenzen dagegen als solche keine Rolle spielen. Jeder dieser körperschaftlich verfassten europäischen Wirtschaftszweige usw. nehmen ihre gemeinsamen Angelegenheiten in die eigenen Hände. Im Rahmen der allgemeinen europäischen Politik, die von der europäischen politischen Instanz, wie immer diese heissen möge, bestimmt wird, machen die Menschen, die diese Wirtschaftszweige tragen, ihre Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik (oder sagen wir allgemein: ihre «Branchenpolitik») in der Weise selbständig und eigenverantwortlich, dass sie dieser ihnen übergeordneten politischen Instanz nur dafür Rede und Antwort zu stehen haben, dass ihre Massnahmen einmal den allgemeinen Richtlinien der Politik entsprechen, zum andern Mal mit den Massnahmen anderer Wirtschaftszweige sich vertragen. Soweit die Belange einzelner Länder berührt werden, hätte eine Abstimmung mit deren staatlicher Obrigkeit in ähnlicher Weise zu erfolgen wie etwa heute die Unternehmungen über mancherlei Fragen mit ihren Belegenheitsgemeinden das Einvernehmen herstellen müssen. Was Fragen angeht, die mehrere oder alle Wirtschaftszweige am einzelnen Ort, im Kreis oder Gau oder Land oder endlich im europäischen Raum gemeinsam angehen, werden Einrichtungen, gleichviel welchen Namens, immer als Querverbindungen geschaffen werden müssen, die es ermöglichen, auch diese Angelegenheit grundsätzlich durch diejenigen erledigen zu lassen, die jeweils daran beteiligt sind, ohne dass es nötig wäre, sie staatlichen Instanzen zu überbürden und damit auf das politische Geleise abzuschieben.

Worin bestünde der entscheidende Schritt über den Schu-

manplan hinaus, wie er heute zur Erörterung steht? Nicht darin, dass neben den Schumanplan eine Mehrzahl oder Vielzahl weiterer, nach andern Staatsmännern zu benennender Pläne träten. Sondern darin, dass an die Stelle des Überministeriums der «Haute Autorité» oder gar einer Vielzahl solcher Überministerien die korporativ verfassten europäischen Wirtschaftszweige und andere Sachbereiche träten. Jeder von ihnen würde im Rahmen seiner sachlichen Zuständigkeit europäische Politik, europäische Montanpolitik, europäische Agrarpolitik, europäische Medizinal- oder Veterinärpolitik usw. treiben.

Wenn wir «die Wirtschaft» sagen, meinen wir oft die Betriebe oder Unternehmungen bzw. das Unternehmertum. Darum ist es wohl nicht überflüssig, hier eigens klarzustellen, dass unter korporativ verfassten europäischen Wirtschaftszweigen und korporativ verfasster europäischer Gesamtwirtschaft nur die Gesamtheit oder «Leistungsgemeinschaft» der in diesen Wirtschaftszweigen oder dieser Gesamtwirtschaft tätigen Menschen verstanden sein kann, und dass diese körperschaftlichen Gebilde für uns die Verwirklichung der realen Demokratie darstellen, d. i. derjenigen Demokratie, in der ein jeder mitzusprechen und mitzubestimmen hat bei all den Dingen, an denen er beteiligt und folgerecht interessiert ist und von denen er in aller Regel auch etwas verstehen kann und verstehen wird.

Was bedeutet es nun, wenn wir in unserm Denkmodell die Überministerien durch die korporativ verfassten Wirtschaftszweige usw. ersetzen. Grob gesagt: Es bedeutet, dass die nationalstaatlichen Ministerien des wirtschaftlichen Bereiches, also sämtliche Wirtschaftsressorts, arbeitslos werden. Der gesamte Konfliktstoff zwischen den überstaatlichen «Hautes Autorités» und den nationalstaatlichen Wirtschaftsressorts entfällt. Die Koordination der den verschiedenen Sachbereichen eigenen «Politiken» (Branchenpolitiken, wie wir sie genannt haben) untereinander erfolgt, wie schon angedeutet, je nach dem sachlichen Bedürfnis auf den verschiedenen Ebenen vermittelst der als «Querverbindungen» bezeichneten Einrichtungen. Die Ausrichtung dagegen all dieser Branchenpolitiken auf die grosse Linie der Gesamtpolitik, auch dies wurde schon angedeutet, erfolgt ausschliesslich auf der obersten, der europäischen Ebene. Wie nur noch eine europäische Gesamtpolitik, so gibt es ja — leider vorerst nur in unserm Denkmodell, noch nicht in der Welt der rauhen Wirklichkeit! — nur noch europäische Montan-, Agrar-, Verkehrs-, Gesundheits- usw. Politik.

Wirtschaft ist in hohem Grade standortbedingt und standortgebunden. Dagegen hat Wirtschaft mit historisch bedingten, oft sehr willkürlich gezogenen politischen Grenzen von Hause aus nichts gemein. So soll die europäische Wirtschaftseinheit sich gerade darin bewähren, dass im europäischen Raum natürliche Wirtschaftsgebiete an die Stelle künstlicher, nationalstaatlicher Gebilde treten. Eine Ineinander- und Übereinanderschachtelung von «Hautes Autorités» als Überministerien und nationalstaatlichen Wirtschaftsressorts als simplen Ministerien würde die natürliche Gliederung der europäischen Wirtschaft nicht herbeiführen, sondern nur heillos verbarrikadieren. Dies umso mehr, als die natürliche räumliche Gliederung für verschiedene Wirtschaftszweige sehr verschieden verlaufen kann: So können die Verhältnisse unter der Erde (Montan) ganz anders gelagert sein als über der Erde (Agrar).

Das Ergebnis eines solchen Weiterschreitens in der Linie des Schumanplans wäre dieses: Die heute sowohl der Höhe als auch der Breite nach bei den Regierungen der einzelnen europäischen Staaten zusammengeballte Souveränität würde aufgelockert, nicht allein in der Vertikalen, sondern vor allem, was viel entscheidender ist, in der Horizontalen. Wie wenig mit der Aufteilung nach oben und unten allein erreicht ist, lehren die Erfahrungen mit den Art. 73—75 Bonner GG (Aufteilung der Aufgaben zwischen Bundesstaat und Gliedstaaten).

Die Zahl der Sachgebiete, die sich einem bestimmten Gebietsumfang (Gliedstaat, Bundesstaat, europäische Union) begründeterweise zuordnen lassen, ist sehr begrenzt; vielleicht sind die Angelegenheiten des Kriegswesens die einzigen, die eindeutig einer Ebene allein, nämlich der obersten, angehören. Bei fast allen andern Sachgebieten verhält es sich dagegen so, dass die einschlägigen Angelegenheiten teils rein örtliche, teils überörtliche Bedeutung haben und dementsprechend auf verschiedenen Stufen der räumlichen Gliederung behandelt werden müssen. Nicht die Schulangelegenheiten oder die Verkehrsangelegenheiten sind von gemeindlicher, gliedstaatlicher, bundesstaatlicher oder gesamteuropäischer Bedeutung und fallen daher in die Zuständigkeit der Gemeinde, des Gliedstaates, des Bundesstaates, der europäischen Union, sondern es gibt sowohl Schulangelegenheiten als Verkehrsangelegenheiten, die jedem einzelnen dieser räumlichen Bereiche oder Gebietsumfänge eigen sind und daher auf den entsprechenden Stufen ihre Erledigung finden müssen. Damit ist aber keineswegs die betreffende Stufe der politischen Organisation gemeint; im Gegenteil. Lassen wir doch die Schulinteressenten (das sind die Erziehungsberechtigten und diejenigen, die im Dienste der Erziehungsberechtigten in den Schulen wirken) das Schulwesen, und die Verkehrsinteressenten (das sind die Verkehrstreibenden und Verkehrsträger) das Verkehrswesen in ihre Hände nehmen. Überlassen wir es ihrem Sachverstand, auf welcher Ebene die verschiedenen Angelegenheiten, hier des Schulwesens, dort des Verkehrswesens, am zweckmässigsten, d. h. sachgerecht, anzupacken und durchzuführen sind.

Also kurz und gut: anstelle des staatlichen Totalitarismus und Unitarismus ein funktionaler Pluralismus sachlich oder fachlich differenzierter gesellschaftlicher Gruppen oder Leistungsgemeinschaften, die jeweils bestimmten Aufgaben innerhalb des gesellschaftlichen Ganzen obliegen.

Diesem funktionalen Pluralismus im gesellschaftlichen Bereich entspricht als sein Gegenstück im staatlichen Bereich der regionale Pluralismus oder Föderalismus, d. i. die Verteilung der politischen Zuständigkeiten auf dem Gebietsumfang nacheinander übergreifende Stufen oder Stockwerke der Staatlichkeit. In beiden Fällen, sowohl beim funktionalen als beim regionalen Pluralismus, handelt es sich um die Anwendung des gleichen Baugesetzes der Gesellschaft, um das «Recht der kleinen Lebenskreise»; was der kleinere Lebenskreis — sei es der räumlich engere oder der fachlich begrenzte — zu bewältigen vermag, hat der grössere Lebenskreis, die umfassendere oder übergeordnete Gemeinschaft, ihm nicht abzunehmen (Subsidiaritätsprinzip).

Lässt — so mag zum Schluss gefragt werden —, lässt dieses gesellschaftliche Ordnungsgefüge, wie wir es im Zuge des Aufbaus und Ausbaus der europäischen Wirtschaftseinheit wachsen sehen möchten, dem Staate überhaupt noch Souveränität übrig? Wenn man bedenkt, wie vielen Gepäcks der Staat sich entledigen soll, könnte man wohl meinen, zum guten Ende werde er sich noch ganz ausziehen haben. Wenn wir hier von «Staat» sprechen, meinen wir natürlich nicht die europäischen Einzelstaaten, sondern die europäische Staatlichkeit insgesamt. Was diese angeht, so verbleibt ihr die recht verstandene Souveränität voll und ganz. Oder vielmehr: sie gewinnt überhaupt erst diese Souveränität. Ihr, und ihr allein, ohne Beeinträchtigung durch einen unechten Pluralismus gesellschaftlicher Machtfaktoren, wie wir sie heute erleben, steht das letzte Wort zu in allem, was die Politik im ursprünglichen Sinne des Wortes, die hohe oder grosse Politik angeht. Das ist nicht nur die klassische «grosse» Politik im Sinne vergangener Kabinettpolitik (Aussenpolitik und was damit zusammenhängt), sondern vor allem die Innenpolitik, an erster Stelle die Gestaltung und Erhaltung des gesellschaftlichen Ordnungsgefüges, die eminenteste politische Aufgabe, die es gibt oder geben kann; an zweiter Stelle die den Aufgaben aller einzelnen

gesellschaftlichen Gruppen oder Leistungsgemeinschaften (Wirtschaftszweige und anderer Kultursachbereiche) übergeordnete Aufgabe, deren Tätigkeit zur höheren Einheit zusammenzufügen und auf das Wohl des Ganzen hinzuordnen.

Der heutige Staat bemüht sich mit einer immer wachsenden Zahl von Ministerien und anderen Zentralstellen die Aufgaben all dieser Gruppen oder Leistungsgemeinschaften selbst zu erfüllen und dafür alle bis ins Letzte und Einzelne gehenden Anordnungen zu treffen. Anders ausgedrückt: Der Staat glaubt, sich nicht auf die Zielwahl beschränken zu können, sondern auch bezüglich der Wahl der anzuwendenden Mittel alle Entscheidungen sich selbst vorbehalten zu müssen. Man braucht nur das Amtsblatt irgend eines dieser Ministerien zu verfolgen, um eine anschauliche Vorstellung davon zu gewinnen. Macht der Staat sich anheischig, die Aufgaben der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen oder Leistungsgemeinschaften auf sich zu nehmen, so mag er damit, wenn er über ein ausgezeichnetes Beamtenum verfügt, einigermaßen zu Rande kommen. Vielleicht wird es ihm gelingen, eine ganz achtbare Montanpolitik, Veterinärpolitik usw. zu treiben. Er wird dann aber nicht mehr die Kraft und den Überblick haben, um die Ressorts auf eine Linie zu bringen. Verzichtet der Staat jedoch darauf, das zu tun, was anderer Leute Arbeit ist, beschränkt er sich auf das, was seine eigene Arbeit ist, wozu insbesondere auch gehört, die jeweils Pflichten anzuhalten das Ihrige zu tun, ihnen jeden Vorwand abzuschneiden und jede Möglichkeit zu nehmen, es pflichtvergessen auf den «Vater Staat» abzuschieben, dann bleibt ihm Kraft genug und verfügt er auch über ausreichenden Überblick, um das Ganze auf das gemeinsame Ziel auszurichten.

Als die moderne Wirtschaft entstand, zerbrach sie verknöcherte Organisationsformen, die sich überlebt hatten und ent-

artet waren. Nach einer kurzen Zeit zügelloser Freiheit, in der sie einen staunenswerten Aufschwung nahm, zugleich aber jene sozialen Verheerungen anrichtete, für die der militante Marxismus uns die Rechnung präsentiert, verfiel sie in den Fesseln des Staates. Die Weltwirtschaft wurde zurückgebildet nicht etwa zu einer gesunden Volkswirtschaft, sondern zum engstirnigen, nationalstaatlichen Partikularismus, Protektionismus, Autarkismus und Dirigismus bis zur höchsten Virtuosität des Bilateralismus, der Kontingenzwirtschaft, des Wettlaufs um die schlechteste Währung und all dem andern, das wir erlebt haben. Dazwischen flackerte einmal der Gedanke einer Grossraumwirtschaft auf und musste dazu herhalten, einen verbrecherisch entfesselten Krieg ausser mit Rassenwahn auch noch mit ökonomischer Ideologie zu verbrämen. Die Folge war, wenigstens vorübergehend, ein verschärfter Rückschlag in nationalstaatliche Wirtschaftsenge. Die Erfahrung hat uns inzwischen gelehrt, dass es so nicht weiter geht. Darum mühen wir und andere Völker uns um eine europäische Wirtschaftseinheit. Der Natur der Sache nach ist der Bau dieser europäischen Wirtschaftseinheit ein Ökonomikum. Nach allem, was vorhergegangen ist und was es heute auszuräumen gilt, ist er nicht minder ein Politikum. Ebenso sehr aber ist er, das hoffen wir anschaulich gemacht zu haben, ein Soziologikum. Soll der Bau der europäischen Wirtschaftseinheit stehen und nicht von den ersten weltwirtschaftlichen Krisenerscheinungen erschüttert werden, nicht beim ersten Anprall eines weltpolitischen Wirbelsturms zusammenstürzen, dann genügt nicht ein noch so kunstvolles Netzwerk von Staatsverträgen, dann benötigt dieser Bau vielmehr der inneren Verstrebungen und Versteifungen durch ein ihm gemässes gesellschaftliches Ordnungsgefüge.

O. v. Nell-Breuning, Frankfurt a. Main

Katholiken und Gewerkschaften

Immer mehr richten sich in Deutschland wie in Italien die Augen der Öffentlichkeit auf das Gewerkschaftswesen, das unversehens zu einem der mächtigsten Faktoren des sozialen Lebens geworden ist. Dementsprechend befasste sich dieses Jahr die 24. Soziale Woche Italiens, die unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Genua, Msgr. Siri, von den italienischen Katholiken abgehalten wurde (23. bis 29. September), fast ausschliesslich mit dem Gewerkschaftsproblem, wobei eine durchaus positive Stellung der Katholiken zu den Gewerkschaften erzielt wurde. Wir geben im Folgenden die Entschliessungen dieser Woche im Wortlaut wieder:

1. Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation

Die Versammlung stellt fest, dass im vergangenen und im gegenwärtigen Jahrhundert die gewerkschaftlichen Bewegungen eine immer grössere Entfaltung genommen haben. Sie stellt ferner fest, dass deren Tätigkeit auf dem Gebiete der Wirtschaft und des sozialen Lebens in der Entwicklung des menschlichen Zusammenlebens eine der bedeutendsten bestimmenden Kräfte darstellt. Sie nimmt davon Kenntnis, dass mit deren Gründung und kraftvollen Entfaltung Faktoren zutage traten, die für eine Neugestaltung des sozialen Lebens, gegründet auf Gerechtigkeit, notwendig und unerlässlich sind. Sie erklärt, dass ein derart grundlegendes Ziel mit Erfolg angestrebt werden kann, wenn sich die Gewerkschaften in ihrer Struktur und in ihren Unternehmungen an die Grundsätze und den Geist des Evangeliums halten.

2. Gewerkschaften und Aufbau der Gesellschaft

Ein Gewerkschaftswesen, das unmittelbarer Ausdruck der Berufskategorien ist, findet seine Daseinsbegründung in der

Verfolgung ebendieser Interessen in Harmonie mit den Bedürfnissen des Allgemeinwohles. Gegenüber dem Staat müssen den Gewerkschaften eigene Initiative und Verantwortlichkeit, die vom Staat unabhängig sind, zugebilligt werden. Die blosser Tatsache des Bestehens von Gewerkschaften besagt ein organisch-pluralistisches Bild vom menschlichen Zusammenleben und eine dementsprechende Gestaltung desselben. Dieses Zusammenleben wieder gründet sich auf eine Hochschätzung der menschlichen Person und auf eine Anerkennung ihrer politisch-sozialen Grundrechte.

3. Freiheit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses

Alle Berufstätigen besitzen ein natürliches Recht zu Zusammenschluss, selbständiger Organisation und Selbstverwaltung, d. h. sie haben das Recht, der eigenen Vereinigung jene organisatorische Gestalt zu geben, die sie im Hinblick auf die geschichtlichen Gegebenheiten für die geeignetste ansehen zur Erreichung der ihnen eigenen Ziele, und sie haben — im Rahmen ihrer Zuständigkeit — das Recht auf freie Betätigung in Eigenverantwortlichkeit.

4. Organisationsnorm

Die Norm für gewerkschaftlichen Zusammenschluss ist letztlich fundamental — entweder die Gleichheit oder Ähnlichkeit der wirtschaftlichen Betätigung, oder die Zugehörigkeit zum gleichen Produktionssektor (Berufsgewerkschaft oder Industriegewerkschaft).

5. Aufgaben der Gewerkschaften

Konkret bestehen die Aufgaben des Gewerkschaftsorganismus in der Verfolgung der Eigeninteressen jener berufli-

chen Kategorien, denen die einzelnen Gewerkschaften angehören. Diese Interessen, die (naturgemäss) vorwiegend wirtschaftlicher Natur sind, können — bei dem Entwicklungsstadium, das die moderne Wirtschaft erreicht hat — wirksam verfolgt werden, wenn die Gewerkschaften an der allgemeinen Leitung der Wirtschaftspolitik — sei es auf nationaler oder internationaler Ebene — beteiligt werden.

Falls die geschichtliche Situation es zulässt oder erfordert, kann das Gewerkschaftswesen seine Tätigkeit auch der Hebung der Arbeiterklasse zuwenden, d. h. zum Beispiel der genossenschaftlichen Selbsthilfe, der Freizeitgestaltung, der Fürsorge (der fachlichen Ausbildung), der sittlichen Erziehung, der religiösen Ausbildung. Diese Tätigkeiten können freilich nach freier Wahl auch von anderen Vereinigungen nach dem Grundsatz der Spezialisierung ausgeübt werden.

6. *Zusammenarbeit, Kollektivvertrag, Streikrecht*

In der Verteidigung der eigenen Interessen und im Verfolg der eigenen Ziele muss die Gewerkschaft ihr eigenes Handeln beseelt sein lassen vom Grundsatz der Zusammenarbeit: das fordert schon die Sozialnatur des Menschen, es ist ferner ein Gebot der lebensnotwendigen Abhängigkeit, welche die verschiedenen Wirtschaftszweige miteinander verbindet, und es entspricht auch dem Fortschritt der technischen Wissenschaft.

Der Kollektivvertrag ist das normale Mittel, durch das die Gewerkschaften die Interessen der entsprechenden Berufsgruppen verfolgen. Der Kollektivvertrag als Ausdruck der natürlichen Autonomie der Gewerkschaften sollte verhandelt und abgeschlossen werden von Gewerkschaften, die wirklich repräsentativ sind und es sich zur Aufgabe machen, die eigentlichen Berufsinteressen im Einklang mit dem Allgemeinwohl zu schützen und zu verfolgen.

Im heute geltenden Wirtschaftsgefüge der Länder mit freier Wirtschaft ist der Streik ein anerkanntes Recht. Er ist ein Mittel, zu dem man greift, wenn die Versuche, einen Vergleich zu finden, erschöpft sind. Das Streikrecht wird begrenzt durch die Erfordernisse des Gemeinwohles.

7. *Unabhängigkeit von politischen Parteien*

Insofern die Gewerkschaften frei und autonom sind, unterscheiden sie sich von den politischen Parteien, und zwar in der Ursache ihrer Entstehung, in der Norm ihrer Organisation, in der Eigenart und im Umfang ihrer Interessen, und endlich in der Art ihrer Wirksamkeit. Daher ist das Gewerkschaftswesen sowohl in seiner Organisation wie auch bei Entfaltung seiner Tätigkeit unabhängig von politischen Parteien. Die Gewerkschaften müssen sich dessen bewusst sein und diesen Zustand zu erhalten suchen. Das schliesst aber nicht aus, dass Gewerkschaften und Parteien in gewissen Beziehungen Hand in Hand arbeiten. Dies gilt vor allem vom Schutz der Freiheit im Gewerkschaftswesen und von der Zuordnung der wirtschaftlichen Sonderinteressen und der allgemeinen politischen Linie des Staates.

8. *Stellung gegenüber dem Staat*

Das Gewerkschaftswesen bezieht den Rechtsgrund für sein Bestehen und die Norm für sein Handeln von den Interessen und dem Willen der Berufsgruppen, deren spontanen Ausdruck es darstellt; die Gewerkschaften bestehen nicht deshalb, weil der Staat sie anerkennt, vielmehr anerkennt sie der Staat, weil sie da sind als Ergebnis freier Vereinbarung; und — trotz der Achtung vor dem Staat im Bereich seiner Zuständigkeit — ist die Gewerkschaft von Natur autonom. Um die eigenen Interessen wirksam sicherzustellen und um das Gemeinwohl besser zu fördern, sollten die Gewerkschaften in der Lage sein, ihrer Stimme in den staatlichen Organen Gehör zu verschaffen, und sie sollten — entsprechend den konkreten Gegebenheiten des Ortes und der Zeit — im Staatsgefüge dauernd und organisch zur Geltung kommen (essere presente).

9. *Die Katholiken und die Gewerkschaften*

Entsprechend der eigenen Lebensanschauung wäre es wünschenswert, wenn die Katholiken Gewerkschaften christlicher Prägung ins Leben riefen. Die geschichtlich bedingte Lage kann es jedoch ratsam oder notwendig machen, dass die Katholiken sich nicht-konfessionellen Gewerkschaften anschliessen, vorausgesetzt, dass die Grundprinzipien menschlichen Zusammenlebens in ihnen hochgehalten werden. In diesem Fall obliegt es den Katholiken, Arbeitervereine zu gründen, welche die religiöse und sittliche Ausbildung der Arbeiter an die Hand nehmen und dieselben zum Studium der wirtschaftlichen und sozialen Probleme anhalten, um so ihr Handeln christlich zu gestalten.

Angesichts der Bedeutung, welche die Gewerkschaften gewonnen haben, und angesichts ihres massgeblichen Einflusses auf die Gestaltung des Wirtschafts- und Soziallebens, ergibt sich für die Katholiken die Verpflichtung, bewusst und rührig sich hier einzuschalten. Welches ideologische Gesicht eine Gewerkschaft auch haben mag, die Katholiken, die ihr beitreten, müssen ihr eigenes Handeln von den Grundsätzen und vom Geist des Evangeliums beseelt sein lassen. Und das nur um so mehr, wenn die Gewerkschaft als solche nicht auf christlichem Boden steht: in diesem Fall kann die katholische Lebensauffassung nur auf dem Weg des praktischen Handelns sich Anerkennung verschaffen und in der Wirklichkeit Gestalt gewinnen, da jede institutionelle Hilfe wegfällt.

* * *

Im Hinblick auf die Auseinandersetzungen diesseits der Alpen scheinen in diesen Stellungnahmen etwa folgende Punkte besonders beachtenswert:

1. Erfreulich ist der durchaus positive Ton, mit dem nicht nur das Gewerkschaftswesen, sondern auch seine Aufgaben behandelt werden. Wer die italienischen Verhältnisse kennt, weiss, welche Leistung das bedeutet.
2. Es wird mit Nachdruck betont, dass die Gewerkschaften nicht so sehr ihr eigenes Interesse als Organisation, sondern viel mehr die Interessen der in ihnen zusammengeschlossenen Berufstätigen zu wahren und zu vertreten haben. Jede Organisation gewinnt mit der Zeit ein bestimmtes Eigengewicht und eine Eigenbewegung, die durch die Macht der Bürokratie und der Manager auch gegen die echten Interessen der Mitglieder stehen können. Das gilt ja nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch vom Staatsapparat, ja sogar von gewissen Vereinsgebilden, bis in den kirchlichen Raum hinein.
3. Die in Deutschland und auch in Italien viel diskutierte Frage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft im Betrieb wird stillschweigend übergangen. Offenbar konnte auch in diesem Kreis noch keine einheitliche Meinung erzielt werden.
4. Mit besonderem Nachdruck wird die Gewerkschaftsfreiheit, die Unabhängigkeit vom Staat und von den Parteien unterstrichen. Das ist nach den Erfahrungen in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus sehr begreiflich. Offenbar ist aber das Problem auch heute noch keineswegs völlig geklärt, und diese Freiheit wird heute mit vollem Recht nochmals besonders erwähnt im Hinblick auf die Parteien, wie auch im Hinblick auf den weitem Erfolg und Ausbau berufständischer Einrichtungen.
5. Bemerkenswert scheint auch die Formulierung bezüglich der Aufgaben der Gewerkschaften: Diese kämpfen (mit Recht) nicht bloss um die unmittelbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben, sondern um die Anteilnahme an der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik einerseits, um die Erfüllung gewisser kultureller und erzieherischer Aufgaben andererseits. Die Formulierung ist hier sehr elastisch gehalten, zeigt aber, wie weit man gegebenenfalls zu gehen bereit wäre.

Wiechert und das Christentum

Es geht nicht um Christentum in den «Jerominkindern», im «Einfachen Leben», in der «Missa sine nomine», und schon gar nicht in den frühen Romanen des 1950 verstorbenen Wiechert, man redet uns das jetzt nur mit einem etwas verdächtigen Eifer vor. Es geht um anderes. Um die Moral vielleicht oder den Humanismus oder — nun meinerwegen auch um Religion. Aber Religion ist ein weites Feld, und es kommt auf die Inhalte an. Jeder Neger hat Religion, er verehrt seine Ahnen. Wie die alten Pruzzen. Sie hatten auch Religion und verehrten die Ahnen. Und mitunter scheint mir, es sei von der alten Pruzzenreligion in den Dichtungen Wiecherts mehr hängen geblieben als vom Christentum. Denn wenn es in seinen Romanen auch viele Bibelsprüche gibt und ein grosses Gerede um Gott, so wissen wir heute, dass auch Dichter eifrig in der Bibel lesen können, ohne Christen sein zu wollen, dass Dichter vom «Engel» reden, obwohl sie wissen, «dass es ihn nicht gibt» (Rilke), dass sie das Wort Gott im Munde führen, ohne Gott zu meinen, sondern nur einfach das Leben, die sittliche Weltordnung oder das Sternengesetz, das Vaterland oder Blut und Boden. Und fragt man sie, dann ist ihr Gott fast immer der «Unbekannte», für diesen der «Dunkle», für jenen der «Verhüllte», aber etwas ganz bestimmt nicht, ein Gott der Offenbarung.

Das ist auch bei Wiechert so. Denn er meinte in seinem bekenntnishaften Aufsatz über «Dichtung und Glaube» (1931), es sei ganz unerheblich, welchen Namen Gott bei den Dichtern führe, denn «Gott hat viele Kleider. . . und es ist nur nötig, dass er das Verhüllte ist und sie ihre Hand ausstrecken können, um seinen dunklen Mantelsaum zu berühren». Aber ich frage mich, warum ist denn das nötig, dass Gott der Verhüllte ist? Damit sich der Dichter metaphorisch an seinem Namen ergötzen kann, weil es ihm sonst die unverbindliche Sprache verschlüge, wenn er nicht mehr der Verhüllte wäre, sondern jener, der sich geoffenbart hat? Weil ihm die Offenbarung nicht passt und weil es bequemer ist, vom «Unbekannten» zu reden als von jenem, der seinen Sohn gesandt hat, damit wir ihn im Sohn erkennen?

Aber das ist es nun eben: Wiechert — von dem Interpreten immer wieder versichern, seine Dichtung sei «voll des tiefsten christlichen Gehalts» — hält vom Sohn nicht viel. Zwar meint er, es seien nicht die Schlechtesten gewesen unter den Dichtern, die zu Füßen Christi blieben. «Aber die Unruhigen und Unerschrockenen blieben nicht. Sie standen auf in der Herberge um die Abendzeit und gingen hinaus in die weglose Nacht. Das Licht leuchtete hinter ihnen in der Finsternis, aber sie wollten Gottes Flamme und nicht Gottes Licht. . . Sie wollten den Vater und nicht den Sohn.» Denn natürlich hat der Vater den Sohn ja nur deshalb gesandt, damit die unerschrockenen Dichter dem Sohn den Rücken kehren und hinausgehen in die weglose Nacht. . .

Ich denke, es ist nun schon klar geworden, dass hier von Christentum keine Rede mehr sein kann; und Wiechert hat es auch nicht unterlassen, an etwas versteckter Stelle zu schreiben (und das ist seine eigene Meinung gewesen und nicht nur die seiner Figuren), für das Graben in den Schächten Gottes sei es eigentlich «nicht gut gewesen, dass Christus geboren wurde, und noch weniger gut, dass aus seiner Saat das Christentum entstand».

Und so wundert man sich über die Aufregung, die immer wieder entsteht, wenn man erklärt, dass Wiecherts «Christentum» eine etwas schorfige und kranke Haut gewesen ist. Was für ein Interesse kann man denn haben, Wiecherts eklektischen Paganismus als Christentum auszugeben? Denn trotz aller Reden über Gott und die Welt, trotz aller Bibelsprüche und Abendgebete: Wiechert steht auf der anderen Seite. Wo er steht

ist seine Sache, aber wir sollten hierüber nicht länger im Unklaren bleiben. Denn Wiechert wirkt. Er wirkt immer breiter und tiefer, zwar nicht auf jene, die sich darüber klar geworden sind, dass man einen Teil seiner Novellen und Romane mit Fug und Recht als Edelkitsch bezeichnen dürfte, sondern auf jene, die anfällig geworden sind für einen sentimentalischen Religionismus und die berüchtigte «Gottsucherei».

Zwar geht es nun keinesfalls darum, an Wiechert den Massstab konfessioneller Zweckliteratur anzulegen, aber es geht um jenes Indigniertsein, das sich immer dann einstellt, wenn einer sich in der Dichtung christlicher Formeln bedient — um doch an ihnen vorbeizuhören, wenn einer zwar auf der anderen Seite steht, aber immer so redet, als ob er uns beibringen müsste, was eigentlich Christentum wäre. Aber wir haben es satt, immer wieder von Leuten über das wahre Christentum belehrt zu werden, die es offensichtlich nie begriffen haben, oder, wie Bernt von Heiseler einmal bemerkt hat: «Es mag ja ganz hübsch sein zu sagen, man halte nichts vom Dogmatischen (freilich gibt es schon kein Dach und keine Gasse mehr, wo nicht die Spatzen das Lied der Freiheit von dogmatischer Enge pfeifen). Aber müsste nicht, wer das christliche Dogma für überwunden erklärt, doch wenigstens das ABC von diesem Dogma wissen? . . .» Denn christlicher Glaube ist doch wohl ein wenig mehr als nur Gefühl, ein wenig Allerweltsmoral und die Vorstellung von einem «arteigenen Gott».

Und damit sind wir am Kern der Sache. Es muss wohl einmal darauf hingewiesen werden, dass der Gott, um den Wiechert in seinen Romanen zu kreisen scheint, eine fatale Vorgeschichte hat. Man bekommt ihn zwar nicht zu fassen, wenn man nur die Romane gelesen hat, die seit der kurzen Haft in Buchenwalde entstanden sind, seitdem Wiechert zur Berühmtheit aufstieg und etwas vorsichtig wurde, aber man erfährt was er ist und wo er herkommt, wenn man die frühen Romane liest bis zu der Zeit, als in Deutschland der Hexenkessel zu brodeln begann.

Und man kann sich nichts Deutlicheres wünschen als den 1913 entstandenen Erstlingsroman «Die Flucht» (der unter dem Pseudonym Ernst Barany Bjell herauskam) und den 1924 erschienenen Roman «Der Totenwolf» (1928 und 1935 während der Nazizeit nochmals aufgelegt). Sie gehörten zwar noch zu seiner sozusagen expressionistischen Phase und waren so übertrieben, hektisch und sentimental wie geschmacklos, aber die typisch wiechert'schen Phrasen und die edelgermanische Ideologie hatten bereits die Höhe erreicht, und es ist in mehr als einer Hinsicht nützlich, auf diese Anfänge zurückzusehen.

Denn das war wirklich ein «arteigener Gott», den Wiechert in diesen Romanen inthronisierte. Begann es aber in der «Flucht» noch fast ein wenig zaghaft mit einer verschwommenen Rede des Oberlehrers Holm über die Tugend der alten Germanen, und dass man wieder «Mensch der Wintersonnenwende werden sollte», so machte der «Totenwolf» schon kein Geheimnis mehr daraus, dass der Dichter die Edda im Urtext gelesen hatte, Einschlägiges von Richard Wagner, die «Weisheit des altnordischen Runenfutharks» und die Propagandafibeln für eine neugermanische Religion. Denn er war nun bereits der Meinung, «das Christentum sei ein Glaube für Mönche und Mucker, nicht aber für freie Germanen», und obwohl sein Edelgermane Erikson eine etwas spinnige Figur war (die aber sichtlich die Sympathie des Dichters genoss), durfte er sagen, «an einen persönlichen Gott und an ein Christentum habe man nicht zu glauben, sondern an Wotan; und was der Pfarrer erzähle, sei nichts als Pfaffenlüge». Der kleine Wolf Wiedensahl, der aufwuchs zwischen solchen Hütern der nordischen Scholle, wurde denn auch ein reifer Heide, der bei passender Gelegenheit erklärte, er glaube nicht an das Kreuz, er glaube an das

Schwert. Und an das Schwert glaubte er dann bis zur totalen Verrücktheit.

Der Roman ist 1922 geschrieben worden, nach vier Jahren Krieg, Hunger, Verwahrlosung, Niederlage, Propagandalügen und chauvinistischer Entzauberung, nachdem man genug hatte von blonden Recken und Kyffhäuserphrasen und sich dem Katzenjammer ergab. Aber Wiechert hatte offenbar noch nicht genug und fand die Zeit für gekommen, um die verglimmende Glut des Hurratriotismus wieder anzufachen und in deutsch-germanischer Phraseologie zu schwelgen. Und 1922 konnte er einen seiner Helden sagen lassen:

«Grosses wird werden...das Allergrösste...Krieg wird kommen! Verstehst du mich? Krieg wird kommen...der Krieg, von dem die alten Lieder sagen, der Brand der Welt, die Götterdämmerung...alle andern über uns, Wolf und Schlange und Meute, alle über das deutsche Volk, über die Waldessele und über das Waldhaus...Wir aber, Kind...die Götter haben uns lieb, denn wir werden das Schwert nehmen dürfen und die Büchse...dann wirst du wissen, wozu du lebst. Die grosse Stunde...bete zu den Göttern, bete, dass sie kommt!»

Und dann kam sie und die drei Heiden aus dem Totenwinkel zogen in den germanischen Krieg und benahmen sich wie reissende Tiere, gierig nach Blut und Zerstörung, aber immer Phrasen im geifernden Mund. Sie hiessen die Totenwölfe und eine Stelle (sie ist nur eine unter vielen) bezeichnet den Geist dieser Dichtung (wenn man hier von Geist und Dichtung reden darf):

«An einem verlassenem Maschinengewehr legte Wolf sich nieder, die Leichen zur Seite schiebend, die Stirn an das kühle Eisen gelehnt. Wie ein blutiges Tuch erschien ihm das Leben dieser Nacht, und wie ein lächelnder Künstler liess er mit spielender Hand von Zeit zu Zeit die goldenen Fäden seiner Feuergarben in das verschwimmende Gewebe schiessen.»

Ein lächelnder Künstler, der zu seiner Kurzweil mordet? — Als dann die andern endlich genug bekamen und von Urlaub sprachen und von Frieden, da fanden die tolln Germanen, die deutsche Seele sei im Sterben und sie seien berufen sie zu retten. Und sie hätten sie «gerettet», wie 1945, bis zum letzten zerschossenen Haus und bis zur letzten Patrone. Einer machte dann allerdings schlapp, der Edelgermane Erikson, und starb mit einem Vaterunser auf den Lippen. Aber das reizte den andern dann nur zur Weissglut und zu Hause sagte er düster zu seiner Mutter:

«Jetzt werde ich gegen Gott kämpfen...Weisst du, wie Erikson gestorben ist? Er hat...das Vaterunser gebetet...Erikson! Und gegen diesen Gott werde ich kämpfen müssen, gegen den Gott der Nächstenliebe und der Demut, gegen den Gott, der befohlen hat seine Feinde zu lieben. Ich will seine Städte zerstören, seine Kirchen, Gott und Götzen und Altäre...ich will...ach Mutter...der deutsche Mensch, siehst du ihn? Ich glaube, dass wir untergehen, weil wir Christus gefolgt sind, weil wir unsere deutsche Seele verloren haben und eine christliche Seele gewinnen wollten.»

Er sagte von sich, er sei der wiedererstandene Widar. Und dann zündete er einen Ballsaal an, erschoss fünf Menschen und wurde dann selbst erschossen. Und solch ein Raubtier hat Wiechert zu einem seiner Helden gemacht und ihm seine eigene Meinung in den Mund gelegt... Und das war 1922.

Man muss um solche Anfänge wissen, um die richtige Perspektive zu finden und das unumnebelte Verständnis für gewisse Phrasen im «Einfachen Leben», in den «Jerominkindern» und in der «Missa sine nomine». Man muss wissen, dass der teutonische Furor ein Ausgangspunkt der wiechert'schen Mythologie war, und dass hier vieles dem Nazigeist verwandt gewesen ist, als man zu vermuten wagte. Dieser Mann hat den Nazis der Zwanzigerjahre Parolen geliefert und unter anderen auch diese: «dass das Schwert nicht zerbrochen ist, sondern neu geschliffen werden muss, zu einem andern Kampfe als bisher, zu einem andern Siege...» Ja, sie schliffen es dann und die zweite Götterdämmerung begann.

Wiechert distanzierte sich zwar, denn «soviel Blut hatte er ja nicht gewollt», aber sein Geschwätz um Gott hörte nicht auf und in der «Missa» sagte er dann statt Germanen «Urzeit». Aber es war noch immer dasselbe. Es war noch immer der «art-eigene Gott», der Gott der deutschen Erde, des deutschen Menschen. Er hiess jetzt «das Gesetz» oder «Blut und Boden», oder Sippengeist oder der deutsche Wald oder einfach das Leben. Es war nicht immer leicht, sich auszukennen und zu wissen, was jeweils Gott sein sollte, aber es war immer irgendeine überwertige Idee und hin und wieder schlicht und simpel Wotan. Aber nun ist durchaus zu begreifen, warum es «nötig» war, dass er «der Verhüllte» blieb...

Es ist jetzt aber nicht mehr nötig ihn noch weiter zu verhüllen und uns einzureden, Wiecherts Dichtung sei doch «voll des tiefsten christlichen Gehalts». Oder will man das listige Spiel nun wirklich noch weitertreiben...? Bert Herzog

Ex urbe et orbe

Zu „Wahre Weltmission“

Wir haben in Nr. 18, S. 199, unter diesem Titel einige der letzten Statistiken über den Zuwachs der Katholiken in den verschiedenen Kontinenten berichtet. Es waren zum Teil imponierende Zahlen, die den Fortschritt des Christentums in erfreulicher Weise zeigten. Es würde indes ein falsches Bild ergeben, wollten wir diese Statistiken nur für sich allein betrachten. Erst der Vergleich mit dem Bevölkerungszuwachs der Erde kann uns ein richtigeres Bild vermitteln. Auf dem Laienkongress in Rom hielt Msgr. Joseph Cardeijn (Belgien) wohl eines der bedeutendsten Referate, in dem auch ein klarer Situationsbericht in dieser Hinsicht gegeben wurde. Wir geben hier auszugsweise seine Ausführungen darüber wieder.

«Um das Neue der Welt, in der wir leben, besser hervortreten zu lassen und um die apostolisch-missionarische Bedeutung der jetzigen Stunde klarer zu erkennen, geben wir zuerst einige Zahlen als Anhaltspunkte über die demographische Situation der heutigen Welt.

a) Wachstum der Bevölkerung: Schätzungsweise betrug sie im Jahre 1700 563 000 000 Menschen, 1800 900 000 000 Menschen, 1900 1 600 000 000 Menschen; heute schätzt man die Menschheit auf 2 400 000 000 Menschen (1951).

b) Die Verteilung nach den Religionen: Nach den Hauptreligionen verteilt sich die heutige Welt folgendermassen:

- 400 Millionen Katholiken, wovon 67 Millionen unter kommunistischer Herrschaft;
- 400 Millionen nichtkatholische Christen, wovon sehr viele unter kommunistischem Regime.
- 1600 Millionen Nichtchristen, wovon:
 - 900 Millionen Heiden Asiens,
 - 350 Millionen Mohammedaner und Israeliten,
 - 100 Millionen Fetischisten,
 - 50 Millionen Religionslose.

Alle diese Zahlen müsste man noch weiter aufteilen und nach Rasse, Farbe, Sprache und Kontinent zergliedern können, um das völkische Antlitz der Erde im Jahre 1951 noch klarer zu zeichnen. Doch um ihre apostolisch-missionarische Tragweite zu verstehen, mag uns der Gedanke genügen, dass alle die Zahlen ebensoviele unsterbliche Seelen darstellen. Fügen wir hinzu, dass, wenn wir auch in der missionseifrigsten und missionserfolgreichsten Stunde der Kirchengeschichte leben, die missionarischen Fortschritte dennoch weit überboten werden durch das beständige Anwachsen der heidnischen Bevölkerung. Während der letzten 25 Jahre nahm die Zahl der Katholiken nur um

13 Millionen zu, währenddem sich die Bevölkerung der Welt um 700 Millionen vermehrte. So kann man sagen, dass jährlich auf einen Heiden, der sich bekehrt, 50 neue im Heidentum geboren werden!»

Die schweizerischen Nationalratswahlen

vom 28. Oktober 1951 haben erwartungsgemäss keine grossen Überraschungen gebracht. Sie dürfen aber für gewisse geistige Strömungen und gesellschaftliche Machtverhältnisse auch über die Schweizerische Eidgenossenschaft hinaus als symptomatisch gelten.

Halten wir zunächst die Zahlen fest:

	1947	1951	Unterschied
Schweiz. Konservative			
Volkspartei	203 202	215 401	+ 12 199
Freisinn	220 486	230 451	+ 9 965
Sozialdemokraten	251 625	249 000	- 2 625
Bauernpartei	115 976	120 794	+ 4 818
PdA.-Kommunisten	49 353	26 725	- 22 628
Landesring	42 428	48 940	+ 6 512
Liberaldemokraten	30 492	23 663	- 6 829
Demokraten	28 096	22 930	- 5 166
Evangelische Volkspartei	9 072	9 561	+ 489
Freiwirtschaftler	4 626	4 920	+ 294

Bemerkenswert ist die solide Konstanz und Stabilität der politischen Entwicklung. Alle Bewegungen und Krisen der 30iger Jahre, der Kriegs- und Nachkriegsjahre haben das parteipolitische Gefüge nur äusserst schwach zu verändern vermocht. Die Splitterparteien, die meist einem Sonderinteresse oder vielleicht noch einer Sonderidee dienen, aber nicht auf einer Gesamtkonzeption des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens aufgebaut sind, stagnieren und sind am Verschwinden. Die grossen, weltanschaulich geprägten Parteien dagegen halten mit wenig kleinen Verschiebungen ihren Besitzstand und festigen ihn sogar.

Bemerkenswert ist ferner, dass im Ganzen weder der Freisinn noch die Sozialdemokratie, sondern die konservative, weltanschaulich am geschlossensten fundierte Partei, den grössten Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat, wenn ihm auch nichts Sensationelles anhaftet. Um so auffälliger muss der relative Rückgang der Sozialdemokratie erscheinen, da doch die Städte an Bevölkerung mehr zugenommen haben als die Landgebiete, und da selbst diese durch die fortschreitende Industrialisierung eher in die Reichweite der Sozialdemokratie gerückt worden sind. In dieser Erscheinung mag sich die Tatsache geltend machen, dass die Sozialdemokratie keinen klaren weltanschaulichen Standpunkt mehr besitzt, die Menschen sich aber heute eher wieder zu einem solchen zurücksehen. Materielle Verbesserungen allein vermögen auf die Dauer einen Grossteil der Bürger nicht mehr zu überzeugen.

Auf einige weitere interessante Zusammenhänge weist ein besonnener Wahlkommentar von Hans Barth in den «Basler Nachrichten» (Nr. 460) hin. Er notiert die konservative Grundhaltung des Schweizlers, der selbst dann noch zur Partei seiner Väter sich bekennt, wenn wirtschaftliche Stellung oder weltanschauliche Haltung den Sohn an sich in andere Richtung weisen würde. «Ein Beispiel dafür ist das vielfach radikale Herkommen des ausgesprochenen Bürgertums in der Schweiz, ein anderes der in manchen Fällen doch beinahe proletarische Ursprung der heute in mehr als einer Beziehung gut bürgerlich gewordenen Sozialdemokratie. „Man“ gehört nun einmal hierhin oder dorthin, und dabei bleibt man, solange man zu Hause wohnt und sich den dort herrschenden Sitten und Gebräuchen anpasst.»

Eine innere Wandlung und in der Folge eine äussere Wendung tritt aber in Erscheinung, wenn ein Schweizer von zu Hause fortzieht, um in der Fremde sein Brot zu verdienen.

«Auf der einen Seite ist es möglich, dass sich aus dieser Lage sozialrevolutionäre Spannungen ergeben, wie sie etwa Jeremias Gotthelf in „Jakobs des Handwerksburschen Wanderungen durch die Schweiz“ schildert. Es braucht dann eine gewisse Zeit, bis Bürger und Politik wieder im Gleichgewicht sind, und gewisse Verschiebungen, die man heute noch in der Westschweiz sowie im Bernbiet erkennt, zeigen, dass dieses Gleichgewicht noch nicht überall erreicht ist; wir nennen nur die Kantone Bern, Freiburg und Waadt und wollen damit sagen, dass in ihnen noch manches gärt, was in der Ostschweiz längst geläutert und geklärt ist. Auf der andern Seite sind infolge der Wanderungen vom Land in die Stadt auch Verschiebungen zugunsten der konservativen Parteien möglich und denkbar, so etwa, wenn praktizierende Katholiken, die in ihrer Heimat freisinnig stimmen, sich in der Diaspora niederlassen: Sie finden zuerst den Weg in die Kirche, über sie zu den christlichsozialen Organisationen und durch diese wiederum zur Konservativen Partei...»

Im sonntäglichen Wahlergebnis spiegeln sich diese beiden Tendenzen, und man kann sie bei aller Ruhe, ja Gleichgültigkeit, welche oft den Urnengang charakterisieren, aus gewissen typischen Einzelergebnissen herauslesen, vor allem aus dem nach wie vor anhaltenden Abrutschen der Westschweiz nach links wie aus der allmählichen aber stetigen Aufwärtsbewegung der christlichsozialen Parteien in den industriellen Zentren der deutschen Schweiz. Hier, im katholischen Sektor, nimmt ein neues, durchaus nicht bourgeoises Bürgertum mit starken sozialen Akzenten Gestalt an, während im noch halb bäuerlichen, halb aber bereits von der Industrie durchsetzten Westen des Landes das soziale Ressentiment mit den sozialrevolutionären Ahnungen eines vorerst noch niedergehenden Bauerntums im Streit liegt und zu starken Spannungen und mitunter zu kommunistischen Entladungen führt. Dazu kommt, dass gerade in jenen Gegenden, wo die Konsolidierung der Politik noch am wenigsten weit fortgeschritten ist, das Bürgertum noch sehr kleinlich, sehr eng ist. Die sozialen Spannungen werden durch dieses Kleinbürgertum mehr und nachhaltiger gefördert, als dies je durch ein seiner Verantwortung bewusstes Grossbürgertum geschehen kann. Denn der Kleine, der es zu einem gewissen bescheidenen Wohlstand gebracht hat, ist nur allzu oft geneigt, den Sinn des sozialen Zusammenlebens zu verkennen, während dort, wo die Industrie Land und Leute nährt, ein weiter Blick lebensnotwendig ist.»

Hans Barth fügt in vollendeter Loyalität noch folgende bemerkenswerte Betrachtung hinzu: «Vom evangelisch-reformierten Standpunkt aus betrachtet, haftet der engen Gemeinschaft von katholischer Kirchlichkeit und konservativer Staatlichkeit, wie sie im katholischen Teil unseres Landes lebt und in der Konservativen Volkspartei ihren politischen Ausdruck gefunden hat, eine gewisse Problematik an. Es wäre sinnlos, sie zu leugnen; es wäre aber ebenso sinnlos, wenn man die Vorzüge dieser politischen Haltung einfach übersehen und um des Phantoms einer abstrakten Freiheit willen einfach negieren oder gar höhnisch ablehnen wollte. Denn es steht fest, dass diese Haltung vielen Schweizern mehr als nur materielle Sicherheit bedeutet, und dass sie von einem sozialen Ethos getragen ist, dessen Kraft nicht übersehen werden darf. Beispiel dafür ist die bereits genannte Erscheinung, dass liberale Katholiken aus ländlichen Gebieten in ihrer neuen Heimat den politischen Anschluss meist bei der christlichsozialen Politik finden! Wirklich radikale Forderungen sind dieser Haltung keineswegs fremd, ja sie mögen ihnen in vielen Fällen sogar näher liegen als denen, die sich selber Radikale nennen, und das Suchen nach der Mitte, also nach dem Wesentlichen, wird von dieser Seite her mindestens so ernsthaft betrieben wie anderswo!»

Auf alle Fälle ist das Anwachsen der katholisch-konservativen Fraktion im neuen Nationalrat, wie es Tatsache ge-

worden ist, nicht blosser Zufall. Einzelne Mandatsgewinne sind selbstverständlich zufällig, das gehört zum Mechanismus der politischen Entwicklung und zumal der Proporzwahl. Aber dass im Rahmen der Verstärkung des politischen Gleichgewichts eine solche Verschiebung eintreten konnte, ist doch in einem gewissen Sinn symptomatisch.»

„Eroberung der Kultur“?

Wir glauben die folgende Information ohne besonderen Kommentar unseren Lesern weitergeben zu dürfen. Das Spiel mit nicht völlig falschen Ideen kann — wie daraus deutlich wird — zu Konsequenzen führen, die in ihrer Absurdität unbegreiflich anmuten. Sophistereien erfreuen sich zeitweise grosser Beliebtheit.

Im Rahmen einer in der Berliner Staatsoper stattgefundenen Festsitzung sprach Sowjetzonen-Ministerpräsident Grotewohl über das Thema: «Die Eroberung der Kultur beginnt». Seine Rede war der Arbeitsaufnahme der neu geschaffenen Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten gewidmet. Folgende, im Wortlaut wiedergegebenen Auszüge scheinen bemerkenswert:

«Die Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten arbeitet Pläne für die Entwicklung des künstlerischen Schaffens auf der Grundlage der Aufgaben des Fünfjahresplanes aus, und sie fasst Beschlüsse über die Durchführung ihrer Aufgaben. Auch in den Ländern werden Verwaltungen für Kunstangelegenheiten eingerichtet... Der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten wird eine bedeutende Autorität eingeräumt. Ihr Führungsanspruch soll aber nicht durch altertümlichen engen Polizeigeist, durch Anmassung oder Überheblichkeit begründet werden, sondern durch Wissen und Können, durch Anleitung und Hilfe... Die Kommission soll bei der Erfüllung ihrer Aufgaben eng mit den Organisationen zusammenarbeiten, in denen die Mitglieder der verschiedenen Kunstzweige organisiert sind, wie der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, der Schriftstellerverband, der Verband bildender Künstler, der Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler, die Gewerkschaften und andere Organisationen... Die Kunst hat ihr Schicksal mit den Menschen zu verbinden, die die Kunst in Freiheit gesetzt haben. Das heisst, das Volk verlangt von seinen Künstlern Parteinahme für seine Sache, Parteinahme für die Sache der Arbeit, denn die Sache der Arbeit ist die Sache der Kultur...»

Es gibt noch viele Künstler, denen der Kontakt mit den Arbeitern und Bauern fehlt, ebenso kennen sie die Sehnsucht der Jugend oder anderer schaffender Menschen nicht. Darum müssen unsere Kulturschaffenden zu den Werktätigen des Volkes gehen... Wir fühlen uns aufs engste mit allen deutschen Kulturschaffenden verbunden und wir erwarten von der Staatlichen Kunstkommission, dass sie alle Bestrebungen zu einer gemeinsamen kulturellen Entwicklung unseres Vaterlandes fördert... In der Öffentlichkeit, in der Presse, in Vereinigungen aller Art werden seit Monaten grosse Diskussionen über Kunstfragen geführt. Es ist vorgekommen, dass im Verlaufe dieser Diskussionen, die manchmal deutlich und hart geführt werden, einige der Beteiligten es vorzogen, nach dem Westen zu gehen. Andere verbreiteten in ihrer Unsicherheit den Gedanken, die öffentliche Diskussion zwingt den Künstler, mit seinem Schaffen in die Katakomben zu gehen. Das eine wie das andere ist grundfalsch. Niemand braucht sich vor der Kunstdiskussion zu fürchten, denn sie soll nicht entmutigen, sondern sie soll ermutigen und ermuntern...

Eine Kunst um der Kunst willen gibt es nicht. Wer sich heute von den Prinzipien unserer Kunst, die der

Demokratie, dem Fortschritt und dem Frieden zu dienen hat, entfernt oder ihre beherrschende Parteinahme nicht anerkennt, stellt sich damit gegen die fundamentalen Bedürfnisse der werktätigen Menschen. Literatur und bildende Künste sind der Politik untergeordnet, aber es ist klar, dass sie einen starken Einfluss auf die Politik ausüben. Die Idee der Kunst muss der Marschrichtung des politischen Kampfes folgen. Denn nur auf der Ebene der Politik können die Bedürfnisse der werktätigen Menschen richtig erkannt und erfüllt werden. Was sich in der Politik als richtig erweist, ist es auch unbedingt in der Kunst.

... Wir können heute nicht mehr die Absicht eines Autors in seinen Büchern gelten lassen. Wir können nicht die persönliche Vorstellung eines Malers über den Wert eines Bildes zugrunde legen. Wir können die Kunst heute nur beurteilen nach ihren Auswirkungen auf die Öffentlichkeit und auf die Gesellschaft... Es ist doch klar, dass ein Werk, selbst wenn es künstlerische Qualitäten in sich trägt, vom Volke abgelehnt werden muss, wenn seine Grundrichtung reaktionär ist. Ich will damit sagen, dass die politische Kritik bei der Beurteilung unserer Kunst primär ist und dass die künstlerische Kritik sekundär ist...»

Das Verhältnis Peking's zu Moskau

Aus einem Geheimberichte des Chefkorrespondenten der Tass-Agentur in Peking, Wladimir Rogow:

Unter anderem führt dieser Bericht scharfe Angriffe auf Mao Tse-Tung und sein Kabinett an. Die chinesischen Kommunistenführer werden von Rogow beschuldigt, «absichtlich und aktiv die sowjetischen Interessen im koreanischen Krieg zu sabotieren». Weiter heisst es, dass der koreanische Feldzug der chinesischen roten Truppen dauernd durch ideologische Abweichungen in Mao's «interner Clique» verlangsamt werde, die dadurch ihre Feindseligkeit gegen die Sowjetunion dokumentiere. Rogow fügt hinzu, dass die offensichtliche Abneigung der chinesischen Generale zur Ausnützung aller Hilfsmittel und kämpferischen Unterstützung einer der Hauptgründe dafür sei, dass so viele entscheidende koreanische Operationen fehlschlügen. Nur zwei Drittel aller für die koreanische Front bereitgestellten Truppen hätten am Kampfe teilgenommen. Der Rest sei auf Befehl des Oberkommandos der ersten mandschurischen Armee in der Etappe geblieben. Rogow betont, dass Mao Tse-Tung diesen Befehl sehr wohl gekannt habe, da er sich bei seiner Erteilung im mandschurischen Hauptquartier befunden habe. Weiter wird von Rogow die völlige Hilflosigkeit und das offensichtliche Versagen des chinesischen Nachschubs für die Fronttruppen betont. Er brandmarkt diese Situation als «klare Sabotage» und fügt hinzu, dass grosse Mengen aller Art von Material seit dem Beginn des Krieges in den grossen chinesischen Häfen liege.

Rogow führt in seinem Geheimbericht Klage über die ständig zunehmende Unzufriedenheit in China, die ganz offen zum Ausdruck komme und sich besonders darin äussere, dass die chinesischen Soldaten kampfmüde seien und «nach Hause» wollen. Er warnt die sowjetischen Vorgesetzten vor der auch in der chinesischen Kommunistischen Partei stets zunehmenden Opposition gegen den sowjetischen Kurs. Das Volk «flüster», die chinesischen Armeen kämpften in Korea nur für die Interessen der Sowjet-Union in der Mandschurei. Das Volk beschwerte sich darüber, dass die Sowjets China schwächen wollten, um es für die Zukunft als eventuellen Feind auszuschalten. Als Gegenmassnahme schlägt Rogow eine «allgemeine und tiefgreifende Säuberungs-Aktion» in China vor.

Buchbesprechungen

Von Brandenstein Béla: Leben und Tod, Grundfragen der Existenz. 180 Seiten, Bonn 1948.

Absicht des Verfassers ist es, ein «volleres und wahreres Bild vom Sein überhaupt und von der menschlichen Existenz» zu geben als die Existenzphilosophie (5-6), deren Lehren er berücksichtigt.

Unser Grunderlebnis der «Seinslabilität» (128) ist zwar von der Existenzphilosophie gut analysiert worden; doch wir dürfen nicht stehen bleiben bei einer «hypochondrischen, unkernigen Todesangst» (143); des Menschen Ziel ist vielmehr, durch den Tod hindurch ins volle Sein einzugehen. Seins Struktur wird jetzt schon von der Geistesstruktur des Menschen widergespiegelt in seiner Guthelt, Wahrheit, Schönheit (166). Wir sind vom Sein (Gott) gesehen, immer und überall gesehen, und in dieser Sicht gewahrt (174). Des Lebens Sinn liegt deshalb in der Ordnung, die der Ur-Geist gegeben. Hierauf beruht des Christen «leichter Sinn» (nicht Leichtsinn!), der den «Seinsspessimismus» und die «Seinsverdüstierung» mancher Existenzphilosophen überwindet (158-160). Dr. Th. Bucher

Berdiajew Nicolai: Das neue Mittelalter. Otto Reichl Verlag, Tübingen 1950. 144 Seiten.

Unter «Mittelalter» versteht der Verfasser nicht eine historische Zeit, sondern eine Geisteshaltung, die die Welt nicht mit Brettern vernagelt sein lässt, sondern über die unmittelbar sichtbare Wirklichkeit hinaus den Blick auf die jenseitige Welt als die wesentlichere gerichtet hält, wobei das Jenseits nicht einfach als Abschluss und Jenseits, sondern als ständig wirkende, in Sehnsucht und Bestimmung tätige geheime Triebkraft der Welt verstanden wird. Eine grossartige Abrechnung mit dem säkularisierten Humanismus, Rationalismus und Individualismus der letzten 2 Jahrhunderte — ohne übrigens das Geringste der wirklichen Errungenschaften mutwillig preiszugeben.

In der ganzen Schrift kommt die metaphysische Komponente des russischen Geistes zu schönster Geltung. Darum wird auch die russische bolschewistische Revolution von diesem Emigranten, der doch kein Emigrant und Reaktionär, sondern ein Kämpfer um den besseren Sinn des weltgeschichtlichen Vorganges war, viel tiefer gefasst, bekämpft und überwunden als es die tägliche antikommunistische Literatur tut. Es wäre zu wünschen, dass man auch katholischerseits noch ernster sich mit diesen Gedanken auseinandersetzen würde.

Da die Schrift über das «neue Mittelalter» als Programmschrift nur knappe Thesen aufstellen kann, hatte Berdiajew das Bedürfnis, in der ausführlicheren zweiten Schrift dasselbe Thema noch eingehender zu entwickeln und zu begründen. Dem Verlag gebührt Dank, dass er uns die beiden Werke wieder zugänglich gemacht hat. J. David

Herausgeber: Apogetisches Institut des Schweizerischen katholischen Volksvereins, Zürich 1, Auf der Mauer 13.

Abonnements und Inseraten-Aannahme: Administration «Orientierung», Zürich 1, Auf der Mauer 13, Tel. (051) 28 54 58, Postcheckkonto VIII 27842.

Abonnementspreise: Schweiz: Jährl. Fr. 9.80; halbjährl. 5.20. Einzahlungen auf Postcheckkonto VIII 27842. — Belgien-Luxemburg: Jährl. Bfr. 140.—. Bestellungen durch Administration Orientierung. Einzahlungen an Van Mierlo & Co., Banquiers, Bruxelles, Comptes Chèques Postaux 7677. — Deutschland: Jährl. DM 10.50; halbjährl. DM. 5.50. Einzahlungen an Pfarramt St. Kunigund, Scharrerstr. 32, Nürnberg, Postcheckkonto Nürnberg 74760, «Sonderkonto Orientierung». — Dänemark: Jährlich Kr. 18.—, Einzahlungen an P. J. Stäubli, Hostrupsgade 16, Silkeborg. — Frankreich: Einzahlungen an Mr. Wolf Pierre, Illfurth Ht/Rh., c/c No. 86047, Strasbourg.

BURCH — KORRODI

JUWELIER SWB BAHNHOFSTRASSE 44 ZÜRICH TEL 23 72 43

Schmuck - Tafelsilber - kirchl. Geräte

Neuerscheinungen

(Besprechung für ausdrücklich verlangte Bücher vorbehalten)

Aurelius Augustinus: Der Gottesstaat. Bd. I. Otto Müller-Verlag, Salzburg. 1951. 448 S. Ganzleinen Fr. 16.80.

v. Balthasar Hans Urs: Der Christ und die Angst. 2. Reihe der Sammlung «Christ heute». Johannes-Verlag, Einsiedeln. 1951. 96 S. Pappband Fr. 6.50.

Beck Alois, Prof. Dr.: Messerkklärung nach dem Rundschreiben Papst Pius XII. «Mediator Dei». Missionsbuchhandlung St. Gabriel, Post Mödling b. Wien. 1951. 132 S. Halbleinen, illustriert Fr. 3.90. Auslieferung durch Rex-Verlag, Luzern.

Bernanos Georg: Die begnadete Angst. Hegner-Bücherei im Summa-Verlag, Olten. 1951. 220 S.

Bernanos Georg: Das sanfte Erbarmen (Briefe des Dichters), 2. Reihe der Sammlung «Christ heute». Johannes-Verlag, Einsiedeln. 1951. 129 S. Pappband Fr. 6.50.

Errani Giovanni: Assisi (1. Teil). Rex-Verlag, Luzern. 1951. 160 S. und 16 Bildtafeln. Kart. Fr. 8.80.

Gutierrez Constancio, SJ: Españoles en Trento. Consejo Superior de Investigaciones científicas, Madrid. 1951. 1053 S.

Heyer G. R.: Vom Kraftfeld der Seele. (Zwei Abhandlungen zur Tiefenpsychologie.) Verlag von Ernst Klett, Stuttgart. 1949. 186 S. Halbleinen DM 6.50.

Jansen-Cron Heinrich: Zum Andenken an den Herrn. F. H. Kerle-Verlag, Heidelberg. 1951. 65 S. Brosch. DM 2.40.

Karrer Otto: Jahrbuch der Seele. Verlag Ars Sacra Josef Müller, München. 1951. 416 S. Leinen Fr. 16.70, broschiert Fr. 12.10.

Keller Emil: Sanctificate Dominicas (Sonntagspredigten). Ferd. Schöningh, Paderborn. 1951. 278 S. Brosch. 5.—, geb. 6.80.

von Lyon Eucherius: Die Thebäische Legion. Rex-Verlag, Luzern. 1951. 58 S. Fr. 2.80.

Mouroux Jean: Ich glaube an Dich. (Die personale Struktur des Glaubens.) 2. Reihe der Sammlung «Christ heute». Johannes-Verlag, Einsiedeln. 1951. 86 S. Pappband Fr. 6.50.

Gesund werden durch Lapidar-Kräutertabletten

Lapidar Nr. 1 Zur allgemeinen Stoffwechsellanregung, besonders zur Anregung der Verdauungsorgane, der Nieren und Leber sowie der Drüsentätigkeit. Wirksam gegen Darmträgheit, ungenügende Harnausscheidung und Fettsucht.

Lapidar Nr. 2 Gegen Arterienverkalkung, hohen Blutdruck und Zirkulationsstörungen, Schwindelgefühl, Wallungen, Kopfweh, Atemnot, Herzklopfen, Ohrensausen und gegen Beschwerden der Wechseljahre.

Lapidar Nr. 3 Zur Blutreinigung, besonders bei Hautausschlägen, Flechten, Pickeln, Hautlücken, Aissen.

Lapidar Nr. 4 Gegen Blutstauungen, Krampfadern, Krampfadergeschwüre, Hämorrhoiden, Frostbeulen, Venenentzündung und Thrombosen.

Lapidar Nr. 5 Gegen Nierenbecken- und Blasenleiden, zur Anregung der Nierentätigkeit und Reinigung der Harnwege. Besonders zu empfehlen bei Harndrang, Harnbrennen, Beschwerden beim Wasserlösen, Blasenkatarrh und Blasenentzündung.

Lapidar Nr. 6 Beruhigt und stärkt das Herz. Besonders zu empfehlen bei nervösen Herzstörungen, Herzklopfen, Atemnot, Angstgefühl, Herz- und Gefässkrämpfen.

Lapidar Nr. 7 Gegen Nervenstörungen, allgemeine Nervosität, Schlaflosigkeit, nervöse Magen- und Darmstörungen, sowie gegen nervöse Kopfschmerzen.

Lapidar Nr. 8 Gegen akute Magen- u. Darmbeschwerden, Magendruck, saures Aufstossen, Magenbrennen, Brechreiz, Blähungen, Appetitlosigkeit, üblen Mundgeruch, Magen- und Darmkatarrh.

Lapidar Nr. 9 Gegen Gicht, Rheuma, Ischias, Hexenschuss, Neuralgie, Muskel- und Gelenkschmerzen.

Lapidar Nr. 10 Gegen hartnäckige chronische Verstopfung

Lapidar Nr. 11 Vorzügl. Kräftigungs- und Aufbaumittel; besonders zu empfehlen bei allgemeiner Schwäche, Blutarmut, körperlicher und geistiger Erschöpfung, nach überstandenen Krankheiten und Operationen.

Lapidar Nr. 12 Gegen Beschwerden der Leber und Galle, bei entzündlichen Schwellungen und Stauungen, bei Gallenstein und Kolik, sowie bei mangelnder Gallenabsonderung und Gelbsucht.

Fr. 3.75 per Schachtel, inkl. Wust.

Alleinhersteller: Kräuterpfarer Joh. Künzle, Zizers AG., Zizers